



EVP-ED



# EUROPA-AKTUELL

September/Oktober 2007

## Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments



Liebe Leserinnen und Leser,  
nach schwierigen und intensiven Verhandlungen hat der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments den Haushaltsentwurf für 2008 abgestimmt. Nun wird der Bericht in die erste Lesung ins Plenum gehen. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses kam mir in den vergangenen Wochen die Aufgabe zu, diese Ausschussarbeit zu leiten und zu moderieren. Gleichzeitig war ich als CDU-Abgeordneter aufgerufen alle Fragen mit abzustimmen.

Neben dem Haushalt 2008 war die Diskussion über das Satellitenprogramm Galileo und die chronisch unterfinanzierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein Schwerpunkt meiner parlamentarischen Tätigkeit. Nach Gesprächen mit den Kommissaren Barrot und Grybauskaite sprachen sich Parlament und Kommission für eine gemeinschaftliche europäische Finanzierung aus. Nun bleibt abzuwarten, wie sich der Rat bei diesem Thema festlegt. Möglicherweise stehen komplizierte Trilogverhandlungen (Parlament, Rat und Kommission) bevor.

Das dritte Thema der vergangenen Wochen war die so genannte "Markthändlervorschrift". Hierbei handelt es sich um eine EU-Verordnung zu bestimmten Sozialvorschriften im Straßenverkehr, die nächstes Jahr in Kraft tritt, die aber für einige Markthändler Ausnahmeregelungen ermöglicht.

Im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurden diese Ausnahmemöglichkeiten anscheinend übersehen und die Markthändler praktisch mit Fernfahrern gleichgesetzt. Dies hätte für die Markthändler Konsequenzen gehabt, für die dann wieder „Brüssel“ verantwortlich gemacht worden wäre. Hiergegen habe ich mit einem Brief an Bundesverkehrsminister Tiefensee protestiert. Die große Zustimmung, die mich daraufhin aus den verschiedensten Wirtschafts-, Politik- und sonstigen Bereichen erreicht hat, gibt Zuversicht, dass es uns gelingt, eine für die Markthändler günstige Regelung zu erreichen.

Ihr Reimer Böge

## **Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:**

### **Die EU unterstützt Deutschland bei der Bewältigung der Sturmschäden**

Dafür sind 166,9 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds vorgesehen. Im Januar 2007 hat "Kyrill" mehrere Regionen in Deutschland getroffen. Der Sturm beschädigte die Infrastruktur, Wirtschaft und private Haushalte. Darüber hinaus wurde über 87.000 Hektar Wald zerstört. Der direkte Schaden wird auf 4,7 Milliarden Euro geschätzt.

### **Roamingtarife**

Die Kommission hat die Roamingtarife der Mobilfunkbetreiber veröffentlicht. Für Nutzer, die im europäischen Ausland mobil telefonieren, sind die ersten Ergebnisse recht positiv: In 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten bietet zumindest ein Mobilfunkbetreiber Roamingtarife unter den durch die Verordnung gesetzten Höchstgrenzen an. Danach dürfen die Roamingentgelte für im EU-Ausland getätigte oder entgegengenommene Anrufe pro Minute nicht mehr als 0,49 bzw. 0,24 Euro netto betragen.

### **Binnenmarkt für Dienstleistungen**

Mit der Dienstleistungsrichtlinie wurde ein wichtiger Schritt in Richtung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen gemacht. Wie der nun angenommene Bericht aus dem Binnenmarktausschuss verdeutlicht, bestehen aber weiterhin viele Hindernisse für Anbieter und Verbraucher. So hätten unterschiedliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften nach Ansicht des zuständigen stellvertretenden Koordinators der EVP-ED-Fraktion, Andreas Schwab (CDU), Unsicherheit auf Seiten der Verbraucher zur Folge. Der Bericht fordert deshalb Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes für Dienstleistungen, und einheitlichere Pflichten für Dienstleistungserbringer. Diese würden das Vertrauen der Verbraucher in Dienstleistungserbringer außerhalb der Landesgrenzen stärken. Auch die Sicherheit von Dienstleistungen sollte gefördert werden, beispielsweise durch die Entwicklung gemeinsamer Normen auf EU-Ebene.

### **Die Kommission hat ein Handbuch zur Dienstleistungsrichtlinie aufgelegt**

Auf 80 Seiten soll damit den Mitgliedsstaaten technische Hilfestellungen für die Umsetzung dieser Richtlinie gegeben werden. Das Handbuch ist rechtlich nicht bindend. Bereits im März 2007 hat die Bundesregierung ein Handbuch zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit herausgegeben. Damit wird über die bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen zu beachtenden Vorschriften informiert.

### **Reform des Zuckermarktes**

Im Plenum des Europäischen Parlaments standen zwei Berichte aus dem Agrarausschuss über die Reform des Zuckermarktes zur Abstimmung. Der zuständige Schattenberichtersteller der EVP-ED-Fraktion, Albert Dess (CSU), forderte eine Verbesserung der Umstrukturierungsregeln für die Rübenbauern und die Zuckerwirtschaft. Um 2008/2009 eine möglichst umfassende Quotenrückgabe zu erreichen, müsste die volle Ausgleichszahlung von 625 Euro pro Tonne auch gewährleistet werden, wenn es nicht zu einem vollständigen Abbau der Produktionsanlagen kommt oder diese auf Bioethanol umgerüstet werden. Als Ausgleich für den Quotenverlust sollten Rübenerzeuger stärker an der Umstrukturierungsbeihilfe beteiligt werden. Die vorhandenen Fondsmittel sollen vollständig ausgeschöpft werden, etwa für Fördermaßnahmen zur Einkommenssicherung und Beschäftigung von Angestellten in der Zuckerindustrie. Strukturmittel sollen besonders den weniger wettbewerbsfähigen Regionen zu Gute kommen, die von der Schließung einer Zuckerfabrik betroffen sind.

### **Jugend in Aktion**

Das offizielle Handbuch für das Programm "Jugend in Aktion" ist jetzt auch in deutscher Sprache erschienen. Im Anhang des Leitfadens finden sich spezifische Hinweise für die Programmumsetzung in Deutschland.

## **Gefährliche Güter sicher über Europas Verkehrswege transportieren**

Wie bereits für alle anderen Verkehrsträger sollen künftig auch in der Binnenschifffahrt EU-weit einheitliche Sicherheitsvorschriften für Gefahrguttransporte gelten. Wie die Schattenberichterstatterin der EVP-ED-Fraktion im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments, Renate Sommer (CDU), erläutert, wird dies die verstärkte Verlagerung von Gefahrguttransporten auf die relativ unfallarmen Binnenwasserstrassen ermöglichen. Dies diene auch der intensiveren Nutzung der Binnenschifffahrt, die noch ein großes Wachstumspotential aufweise. „Der nun in Plenum angenommene Richtlinienvorschlag über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland trägt erheblich zum Bürokratieabbau bei, da in ihm vier Richtlinien und vier Entscheidungen zusammengefasst werden. Das erleichtert die Verknüpfung von Schiene, Straße und Binnenschifffahrt in der EU und somit die Erarbeitung umfassender Verkehrskonzepte“, so Sommer.

## **Auswärtige Energiestrategie der EU**

Der Bericht aus dem Auswärtigen Ausschuss fordert die Entwicklung einer Energieaußenpolitik für die Europäische Union, und empfiehlt dazu unter anderem die Einrichtung der Position eines Hohen Offiziellen, der dem zukünftigen 'Außenminister' der EU unterstehen und die gemeinsame europäische Energieaußenpolitik koordinieren würde. Zudem müsse im Hinblick auf Energiefragen bereits heute eine stärkere Abstimmung der Arbeit des Ratsvorsitzes, der Kommission und des jetzigen Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erfolgen. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Michael Gahler (CDU), weiter erläutert, fordert der Bericht zudem eine stärkere Diversifizierung von Energiequellen, Lieferanten und Transportwegen. Der Bericht fordert darüber hinaus eine Solidaritätsklausel in Energiefragen, um für einzelne Mitgliedstaaten Unterbrechungen der Energieversorgung zu verhindern. Eine „Energiesicherheitsklausel“ müsse in Abkommen mit Erzeuger- und Transitländern aufgenommen werden, um Versorgungsunterbrechungen auszuschließen.

---

## **Pressemitteilungen:**

### **1.) EU-Vorschrift für Markthändler - Böge fordert Tiefensee zum Handeln auf (10.10.2007)**

Wie der schleswig-holsteinische CDU Europaabgeordnete Reimer Böge heute in Brüssel mitteilte, habe er Bundesverkehrsminister Tiefensee aufgefordert, eine Ausnahmegenehmigung bei der Aufzeichnungspflicht von Lenk- und Ruhezeiten für den mobilen Handel zu erlassen. Hintergrund ist die EU-Verordnung Nr. 561/2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr, nach der künftig auch Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen des mobilen Handels einen Fahrtenschreiber mitführen müssen. Damit sollen Arbeitszeiten dokumentiert werden und die Einhaltung von strengen Ruhezeiten überprüfbar werden.



Bild: Frisches und günstiges Gemüse auf unseren Wochenmärkten in Schleswig-Holstein - Dank unserer Markthändler

Böge machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die EU-Verordnung eine Ausnahmeregelung für den mobilen Handel durchaus zulasse. Er erklärte dazu: "Auf meine Anfrage hin hat die EU-Kommission mitgeteilt, dass für rollende Supermärkte gem. Artikel 13 der VO eine Ausnahme geltend gemacht werden könne, da sie Material befördern, das der Fahrer zur Ausübung seiner Arbeit benötigt, wobei das Lenken nicht die Haupttätigkeit darstellt, unter der Voraussetzung, dass die Fahrzeuge nur in einem Umkreis von höchstens 50 km vom Standort benutzt werden".

Für den Europaabgeordneten stellt sich die Frage, wieso die deutschen Stellen bei der Umsetzung der Verordnung nicht die Ausnahmeregelungen anwenden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass es sich hierbei nicht um eine automatische Ausnahmebestimmung handle, sondern die einzelnen Mitgliedstaaten entscheiden müssten, ob sie eine Ausnahme gewähren oder nicht. „Da bleiben eigentlich nur zwei Schlüsse zu ziehen“, meint Böge. " Zum einen könnte es sein, dass auf deutscher Seite die Ausnahmeregelung übersehen wurde. Zum anderen wäre es vorstellbar, dass die undifferenzierte Handhabung der Verordnung schlichtweg so gewollt ist und die Auswirkungen "Brüssel" angelastet werden. Der Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten, wie z.B. den Niederlanden, zeige, so Böge weiter, dass eine umsichtige Implementierung der Verordnung möglich sei und forderte von Deutschland ein engagierteres Vorgehen bei der Umsetzung von EU-Recht. „Das unsägliche Schwarze-Peter-Spiel, das immer wieder gern mit den europäischen Institutionen praktiziert wird, geht ganz klar auf Kosten der deutschen Bürger und Betroffenen,“ erklärte Böge abschließend.

## **2.) EP-Haushaltsausschuss erzielt Einigung über Haushalt 2008 (09.10.2007)**

Der Vorsitzende des EP-Haushaltsausschusses, Reimer Böge (CDU), hat den Ausgang der heutigen Abstimmung über den Haushaltentwurf 2008 in Brüssel positiv bewertet. "Mit seinem heutigen Votum über den EU-Haushalt 2008 ist der Ausschuss in Vorbereitung der ersten Lesung im Plenum unter der Grenze von 1,0 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts geblieben. Bei einem derzeit geplanten Ausgabenvolumen von 0,98 Prozent des EU-BIP würde damit auch im Haushaltsjahr 2008 die in der mehrjährigen Finanzplanung festgelegte Obergrenze eingehalten", erklärte Böge heute nach der Abstimmung in Brüssel. Strittig ist mit dem Rat jedoch vor allem die Zusatzfinanzierung für das Satellitenprogramm Galileo und die Finanzierung der außenpolitischen Programme, für die das Europäische Parlament Vorschläge einbringen wird. Mit seinem Votum, das auch der Vorbereitung der anschließenden Verhandlungen mit dem Rat im November dient, bekräftigte der Ausschuss zudem seine Forderung nach einer strikt auf die Projekte des europäischen Mehrwerts begrenzten Revision der mittelfristigen Finanzplanung. "Zu diesen Projekten zählen Vorhaben wie das europäische Satellitennavigationssystem Galileo und das Europäische Technologieinstitut. Das Parlament stellt sich damit auf die Seite des kürzlich vorgelegten Kommissionsvorschlags", sagte der CDU-Europaabgeordnete.

Nicht mitgetragen werde dagegen seitens des Ausschusses eine Mischfinanzierung bestimmter Projekte wie etwa Galileo durch EU-Haushaltsmittel und nationale Beiträge. Die dafür in der EU-Finanzplanung 2007 bis 2013 vorgesehenen Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro könnten ansonsten für Maßnahmen des lebenslangen Lernens oder transeuropäische Verkehrsnetze verwendet werden, so Böge weiter. Im Hinblick auf die außenpolitischen Programme erwartet der Vorsitzende hingegen neue Vorlagen der portugiesischen Ratspräsidentschaft über die tatsächlich notwendigen Mittel für die Aktionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2008 und darüber hinaus. "Hier sehe ich auch als Vorsitzender des Haushaltsausschusses noch erheblichen Verhandlungsbedarf, zum Beispiel bei den Sonderbeihilfen für den Kosovo und Palästina. Es gilt aber gleichfalls, dass von der Europäischen Union eingegangene internationale Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern einzuhalten sind", betonte Böge abschließend.





Bild:

Im Februar 2006 kamen die ersten Zwei-Euro-Münzen mit einem Bundesländermotiv heraus. Da **Schleswig-Holstein** zu dieser Zeit den Bundesratspräsidenten stellte, wurde ein Motiv aus diesem Bundesland gewählt. Rund 30 Millionen Münzen, die das Holstentor in Lübeck zeigen, repräsentieren Schleswig-Holstein in Europa, wo die (Gedenk-) Münzen offizielles Zahlungsmittel sind.

### **3.) Kommissionsvorschläge zur Finanzierung von Galileo begrüßt (19.09.2007)**

Der heute von der EU-Kommission vorgestellte Vorschlag für eine ausschließliche Finanzierung des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo aus dem EU-Haushalt geht nach Auffassung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Reimer Böge (CDU), in die richtige Richtung. In den Artikeln 21 - 23 der Vereinbarung zur Haushaltsdisziplin und der wirtschaftlichen Haushaltsführung sei ausdrücklich vorgesehen, bei einer Revision durch Umschichtungen von Haushaltsspielräumen zwischen den Haushaltskategorien die Finanzierung sicher zu stellen. "Damit entspricht die EU-Kommission den Forderungen des Europäischen Parlaments nach einer strikt auf das Projekt Galileo konzentrierten Revision der Finanzplanung", so Böge.

Der CDU-Europaabgeordnete erinnerte weiter im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und des Industrieausschusses mit den zuständigen Kommissaren Jacques Barrot und Dalia Grybauskaitė daran, dass sich das Europäische Parlament bereits seit Juli für eine Finanzierung von Galileo aus EU-Mitteln ausgesprochen hatte. Einschließlich der Finanzierung der Europäischen Technologieinstitutes (EIT) gehe es dabei um die Umschichtung von 2,7 Milliarden Euro, erklärte Böge. Die nun geplante Umschichtung käme zusätzlich zu den bereits geplanten Mitteln von einer Milliarde Euro (2007-2013) und weiteren 350 Millionen Euro, die bereits aus den Forschungsprogrammen der EU eingeplant seien. "Der Haushaltsausschuss ist bereit, eine Lösung für das Finanzierungsproblem von Galileo schon für den Haushalt 2008 zu finden. Es ist dabei klar, dass die Gemeinschaftsfinanzierung für dieses Projekt des europäischen Mehrwertes, die Lösung offener Fragen des Wettbewerbsrechts und damit in Verbindung stehende industriepolitische Fragen als ein Gesamtpaket angesehen werden müssen", betonte der Vorsitzende abschließend.

### **4.) Haushaltsausschuss und Europäischer Rechnungshof bewerten EU-Haushaltspolitik (14.09.2007)**

Ein positives Fazit der Arbeit des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) hat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlamentes, Reimer Böge (CDU), nach einem Besuch einer Delegation von Haushaltsexperten beim EuRH in Luxemburg gezogen. Ziel des Treffens war die Bewertung der aktuellen Verwendung der Finanzmittel der EU. In detaillierten Gesprächen mit den einzelnen Prüfungsgruppen des EURH (unter anderem zur Kontrolle der Kohäsionspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Forschung, der Verwaltung und der externen Politik) analysierten die Teilnehmer die Ausgabenpolitik der Kommission, sowie das Haushaltsmanagement der EU-Programme durch die Mitgliedstaaten und die internationalen Empfängerstaaten.

Der CDU-Europaabgeordnete bewertete das Treffen als äußerst informativ: "Die Arbeit des EURH bzw. seiner Prüfungsgruppen ist von hoher Qualität und eine wichtige Grundlage für die haushaltspolitischen Entscheidungen". Für die Tatsache, dass der EURH in seinen Berichten häufig sehr kritische Anmerkungen machen müsse, gebe es verschiedene Ursachen, diese lägen aber nicht in mangelnder oder schlechter Kontrolle. "Im Gegenteil: In vielen Politikbereichen brauchen wir

nicht mehr Kontrolle, sondern eine bessere Analyse der Fehlerquellen", so Böge. Von diesen Fehlerquellen gäbe es durch überkomplizierte Verfahren einfach zu viele. Daher müssten Fehler unterschiedlich bewertet werden und könnten nicht mit vorsätzlichem Handeln oder Betrug gleichgesetzt werden.

Als Beispiel nannte Böge die europäische Agrarpolitik, die mit ihren komplizierten Verfahren den Antragstellern zahlreiche Fallen stelle. Hier gelte es, die begonnene Vereinfachung der so genannten "Cross Compliance" weiter fortzuführen. Mit dem InVeKoS, (integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) gäbe es ein außerordentlich effektives Kontrollsystem. Auch hier sei die EU-Agrarpolitik besser als ihr Ruf. Es sei offenkundig, dass durch die neue Agrarpolitik und die Kontrollsysteme die Probleme weniger in der ersten Säule der Landwirtschaft lägen (Direktzahlungen) als in der zweiten Säule (ländliche Entwicklung). In Hinblick auf fehlerhafte Mittelverwendung müsse man das Augenmerk vielmehr auf den außenpolitischen Bereich legen. So sei beispielsweise das Programm zur technischen Hilfe für Osteuropa (TACIS) vom Rechnungshof als äußerst kritisch eingestuft worden, wie Böge abschließend erklärte.

#### Terminauswahl:

25.09	Treffen mit Generaldirektor Sørensen, Generaldirektion Kommunikation, Straßburg
01. - 03.10	Dreitägige Abstimmungen zum Haushalt 2008 im Haushaltsausschuss, Brüssel
08./ 09.10	Zweitägige Abstimmungen zum Haushalt 2008 im Haushaltsausschuss, Brüssel
09.10	Treffen mit Delegation und dem Botschafter aus Burundi, Brüssel
10.10	Treffen mit slowenischen Finanzminister Dr. Andrej Bajuk (kommende EU-Ratspräsidentschaft), Brüssel
11.10	Weitere Abstimmungen zum Haushalt 2008 im Haushaltsausschuss, Brüssel
14.10	Fraktionsvorsitzendenkonferenz CDU/CSU, Brüssel
16.10	Haushaltstrilog im Europäischen Parlament, Brüssel
18.10	Veranstaltung zur Revision der Finanzplanung (Bayern-Vertretung), Brüssel
23.10	Gruppensitzung CDU/CSU (Themen u.a.: Review und Haushalt 2008; Globalisierungsfond), Brüssel
29.10	Podiumsdiskussion in der Kommissionsvertretung zum Haushaltsreview; Berlin
05./ 06.11	Konferenz zu EU-Finzen mit den Vorsitzenden der Haushaltsausschüsse der nationalen Parlamente, Lissabon
09.11	Seminar zu EU-Finzen, Danzig
21.11	Kangaroo Group, Thema: Galileo, mit Kommissar Barrot, Brüssel
23.11	Haushaltskonzertierungsverhandlungen mit Rat + Kommission, Brüssel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: [reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu](mailto:reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu)

Internet: <http://www.reimerboege.de>